

Antrag an das 29. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	Linke Liste	
Datum	28.10.2021	
Nr. und Datum der Sitzung	1	28.10.2021
Tagesordnungspunkt (vom Präsidium auszufüllen)		

I. Antragsgegenstand

Resolution: Ding Dong the witch is dead – Forderungen der Student:innenschaft an eine neue Universitätsleitung

II. Beschlusentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

1.

Die Student:innenschaft der Humboldt-Universität hat Grund zum Feiern. Nach fünfeinhalb Jahren hat Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Eike Kunst am 26. Oktober ihren Rücktritt zum Ende des Jahres 2021 angekündigt. Ihre Begründung: Die Änderungen des BerlHG (insbesondere die Neufassung des § 110 BerlHG) „gefährden die exzellente Weiterentwicklung der Humboldt-Universität und in der Konsequenz den Wissenschaftsstandort Berlin“. ¹ Die (bald ehemalige) Präsidentin der Humboldt-Universität tritt also deshalb zurück, weil sie eine zumindest teilweise Verbesserung der ausbeuterischen Beschäftigungsstrukturen im Wissenschaftssektor nicht mittragen möchte. Dass Sabine Kunst nichts von fairen Beschäftigungsverhältnissen an der Universität hält, hat sie allerdings schon etliche Male zuvor klargestellt, etwa durch die rechtswidrigen TVStud Beschäftigungsverhältnisse in NICHT-wissenschaftlichen Bereichen. ²

Doch nicht nur Sabine Kunsts Abneigung gegenüber fairen Arbeitsbedingungen, auch ihre diversen Angriffe auf die Student:innenschaft³ und ihre rechtswidrige Wiederwahl in diesem Jahr⁴ machen ihren Rücktritt längst überfällig.

Für die Student:innenschaft der HU ist der Rücktritt von Sabine Kunst einerseits Anlass, die Forderung nach dem Rücktritt des Vizepräsidenten für Haushalt, Personal, und Technik, Dr. Ludwig Kronthaler, zu bekräftigen, der sich stets hinter die repressiven Maßnahmen der Universitätsleitung gestellt hat. Andererseits bietet er Anlass, unsere Forderungen an den:die neue:n Präsident:in der Humboldt-Universität zu artikulieren:

1. Keine staatlichen Repressionsorgane auf dem Campus

Die (bald ehemalige) Präsidentin hat keine Gelegenheit ausgelassen, staatliche Repressionsorgane wie die Polizei gegen ihre eigenen Studierenden einzusetzen. Jüngstes Beispiel ist etwa die polizeiliche Räumung des Instituts der Sozialwissenschaften am 24. Oktober 2019 zur Unterbindung studentischen Protests und später auch zur Unterbindung einer studentischen Vollversammlung anlässlich des türkischen

¹ <https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/oktober-2021/nr-211026-1>.

² <https://vertretungen.hu-berlin.de/de/prstudb/aktuelles/mitteilungen/tvl-fuer-studis>.

³ https://www.refrat.de/docs/info/hugegenstudis_broschuere.pdf.

⁴ <https://www.refrat.de/article/news.rechtsaufsichtsbeschwerde.kunstwahl.html>.

Angriffskrieges in Rojava, inklusive der Einrichtung einer erkennungsdienstlichen Behandlungsstelle der Polizei im Foyer des Instituts.⁵

Dabei ist klar: Jegliche Präsenz staatlicher Repressionsorgane, wie der Polizei, ist ein eklatanter Eingriff in die Freiheit von Wissenschaft und Forschung und in die Hochschulautonomie. Wir fordern die neue Universitätsleitung dazu auf, keine Polizeipräsenz auf dem Campus zu dulden.

2. Vorgehen gegen faschistische Professoren

Die Student:innenschaft der HU Berlin fordert die neue Universitätsleitung auf, endlich gegen faschistische Professoren, wie zum Beispiel Jörg Baberowski vorzugehen. Denn nicht nur sein Gedankengut stellt eine Gefahr für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung dar, er schreckt auch vor Beleidigungen⁶ und Gewalt⁷ gegenüber Studierenden nicht zurück. Frau Kunst sah offenbar keinen Anlass, die Studierenden zu beschützen, sondern ist bis heute untätig geblieben⁸ und zeigte in den Sitzungen des Akademischen Senats sogar Verständnis für das Agieren von Baberowski.⁹

3. Entfristung aller wissenschaftlich Beschäftigten und Überführung in einen gemeinsamen Tarifvertrag

Eine neue Universitätsleitung muss endlich eine Entprekarisierung aller Beschäftigungsverhältnisse an der Humboldt-Universität vorantreiben. Dazu zählt nicht nur die konsequente Anwendung der neuen gesetzlichen Vorgaben zur Entfristung von PostDoc-Stellen, sondern auch eine Überführung aller Beschäftigten in einen gemeinsamen Tarifvertrag. Die Ansicht der scheidenden Präsidentin, Exzellenz lasse sich nur mit Ausbeutung der Beschäftigten erreichen, soll durch eine neue Universitätsleitung endlich aufgegeben werden.

4. Zusammenarbeit mit der Student:innenschaft, Mittelbau und MSTV

Das Kunst-Kronthaler-Präsidium ist verantwortlich für das vergiftete Diskussionsklima an der Humboldt-Universität. Statusgruppenvetos wurden ignoriert und die studentische Anwesenheit bei Gremiensitzungen wurde massiv behindert. Mehrmals wurde die verfasste Student:innenschaft verklagt, unter anderem weil sie keine Namenslisten ihrer Referent:innen an die „Alternative für Deutschland“ rausgeben wollte.¹⁰ Wir wünschen uns eine neue Universitätsleitung, die die Belange aller Statusgruppen anerkennt und respektiert und konstruktiv mit ihnen zusammenarbeitet.

5. Eintreten für eine demokratische Hochschule

Auf gesetzgeberischer Ebene soll sich die neue Universitätsleitung für ein Ende der professoralen Allmacht an der Humboldt-Universität einsetzen und erste dahingehende Maßnahmen – soweit zulässig – nach § 7a BerlHG umsetzen. Als erster Schritt sollte die Viertelparität zum Grundsatz in allen Gremien werden. In Gremien, die besonders die Belange einer Statusgruppe betreffen, beispielsweise der Kommission des Akademischen Senats für Lehre und Studium, sollte sich diese besondere Betroffenheit weiterhin widerspiegeln.

⁵ <https://www.refrat.de/article/news.polizeieinsatz.rojava.html>; <https://www.refrat.hu-berlin.de/article/protokollv191111.html>.

⁶ <https://www.refrat.de/article/press.news.strafanzeige.baberowski.html>.

⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=QptQWEsR5Hk>.

⁸ <https://www.refrat.hu-berlin.de/article/dienstaufsichtsbeschwerde.html>.

⁹ <https://www.tagesspiegel.de/wissen/wahl-an-der-humboldt-universitaet-hu-studierende-fordern-alternative-zu-praesidentin-kunst/25616978.html>.

¹⁰ Fn. 3.

Langfristig soll sich die neue Universitätsleitung für die Abschaffung der präsidentialen Leitungsstruktur einsetzen. Dieses soll durch ein Rätssystem ersetzt werden, in dem alle Statusgruppen gleichberechtigt vertreten sind.

Das Studierendenparlament legt Frau Kunst dringend nahe, nach ihrem Rücktritt ausschließlich ihren Ruhestand zu genießen und kein neues politisches Amt, insbesondere nicht Wissenschaftssenatorin/-ministerin eines Landes oder des Bundes oder Präsidentin einer Universität, anzustreben.

2. Umsetzung des Beschlusses

Der RefRat wird mit der Veröffentlichung der Resolution beauftragt.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

Keine

IV. Begründung

Erfolgt mündlich

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

Keine

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

wernerma@hu-berlin.de